

Kinderzulagen sollen erhöht werden

Vorstoss Gestern stellte die FBP-Fraktion ein Postulat vor, mit welchem verschiedene Punkte zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geprüft werden sollen. Konkret geht es um die Erhöhung der Kinderzulagen und die Ausdehnung der Blockzeiten.

Stephan Agnolazza
sagnolazza@medienhaus.li

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschäftigt die Politik in Liechtenstein bereits seit längerer Zeit. Spätestens nach der Abstimmung über den Vorschlag der Wirtschaftskammer «Familie und Beruf», welcher vom Stimmvolk deutlich abgelehnt wurde, nahm die Diskussion – vor allem im Wahlkampf – neue Fahrt auf. Gestern stellte nun die FBP-Fraktion ihr Postulat vor und dürfte so der Diskussion neuen Schwung verleihen. Kernpunkte des Postulats sind die Erhöhung der Kinderzulagen aus der Familienausgleichskasse (FAK) sowie die Ausdehnung der Blockzeiten an Kindergärten und Schulen. Ausserdem wird die Regierung nun eingeladen, eine Indexierung für im Ausland lebende Kinder zu prüfen.

Vermögen der FAK soll besser genutzt werden

Ähnlich wie die Wirtschaftskammer im vergangenen Herbst, will auch die FBP die Reserven der FAK besser nutzen. Bisher erwirtschaftet die Kasse einen durchschnittlichen Einnahmenüberschuss von einer Million Franken. Das Fondsvolumen betrug so per Ende 2015 rund 155 Millionen Franken. «Gesetzlich wird eine

Fondshöhe von einer Jahresausgabe verlangt, sodass sich ein Überschuss von über 100 Millionen Franken angehäuft hat», erklärte gestern der FBP-Abgeordnete Johannes Hasler vor den Medien.

Deshalb soll die Regierung jetzt prüfen, wie der Einnahmenüberschuss verwendet und die Reserven abgebaut werden können, sodass der Familien direkt zugute kommt. Die FBP-interne Arbeitsgruppe, welche sich dem Thema gewidmet hat, stellt sich eine Erhöhung der Kindergeldzulage vor – an alle Familien, unabhängig von Einkommen und Vermögen. Wie hoch diese sein wird, darüber machten die beiden Abgeordneten auf Nachfrage keine Angaben. Das wollen sie der Regierung überlassen.

Giesskannenprinzip, um Mehrheiten zu finden

Wie FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry ausführte, soll die Regierung auch explizit die Möglichkeit prüfen, den zusätzlichen Anteil an das bestehende Kindergeld – an Stelle eines monatlichen Bezugs über den gesamten Bezugszeitraum – wahlweise in den ersten Lebensjahren des Kindes in Form eines höheren Betrags zur Verfügung zu stellen, sodass alle Kinder im Total über die gesamte Anspruchsdauer gleich behandelt



Stellten ihr Postulat gestern den Medien vor: Der FBP-Abgeordnete Johannes Hasler und FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry (v. l.).
Bild: Daniel Schwendener

werden. «Sokönnen Eltern in den ersten Lebensjahren beispielsweise mehr beziehen, um Arbeitspensen zu reduzieren und sich so vermehrt der Familie widmen zu können», erklärte Oehry. Und Hasler ergänzte: «Eine Erhöhung der Kinderzulage verbunden mit einer Wahlmöglichkeit des Auszahlungsmodus stärkt die Wahl-

möglichkeit zwischen einzelnen Familienmodellen, da kein bestimmtes bevorzugt oder propagiert wird.»

Weshalb sich die FBP trotz der erwarteten Kritik am Giesskannenprinzip dennoch für einen solchen Modus entschieden hat, erklärt Hasler auf Nachfrage so: «Grossmehrheitlich kommt für

uns eine Änderung in diesem Bereich nicht in Frage. Ausserdem gehen wir davon aus, dass die Vorlage wohl kaum mehrheitsfähig wäre, wenn wir hier auch noch Änderungen vornehmen.»

Er sehe es persönlich aber schwierig, die Gelder «fair» zu verteilen, weil unter anderem einheimische Steuererklärungen im-

mer erst rückwirkend einsehbar sind oder man auf die Steuererklärungen von im Ausland lebenden Personen keine Einsicht habe.

Blockzeiten sollen verlängert werden

Neben der Erhöhung und Flexibilisierung der Kinderzulagen enthält das Postulat noch einen zweiten Kernpunkt: Die Ausdehnung der Blockzeiten an Kindergärten und Schulen von 7.30 bis 12.30 Uhr. «Das würde den Familien mehr Flexibilität in der Wochenplanung geben und entlastet Eltern, welche auf die Betreuung ihrer Kinder angewiesen sind, indem ein 50-Prozent-Pensum am Vormittag ohne weitere Umstände ermöglicht wird», erklärte Hasler den Vorschlag. Die beachtlichen Infrastrukturen der Kindergärten und Primarschulen gelte es zu nutzen.

Der FBP gehe es mit dem Postulat um Wahlfreiheiten für Familien, erklärten die beiden Abgeordneten gestern. Das Postulat werde nun ordnungsgemäss eingereicht und man warte gespannt auf die Antworten der Regierung. Bis dahin dürften sich auch die anderen Parteien in Stellung bringen. Von Seiten der FBP erwarte man aber, dass die Vorschläge klar mehrheitsfähig seien, wie gestern betont wurde.

Stellungnahme der Vaterländischen Union

Inspirierender Koalitionsvertrag

Mit dem gestern eingereichten Postulat zur Familienförderung will die FBP der Regierung, allen voran Gesellschafts- und Familienminister Mauro Pedrazzini, allem Anschein nach Beine machen. Und sie dürfte da wohl offene Türen einrennen, nachdem alle drei im Postulat genannten zu prüfenden Anliegen ausdrücklich im Koalitionsvertrag aufgeführt sind und verschiedene Arbeitsgruppen familienpolitische Themen bearbeiten.

Ich gehe denn auch davon aus, dass sich niemand ernsthaft gegen eine Überprüfung der Erhöhung der Kinderzulagen und allenfalls deren flexiblen Bezug stellen wird. Die FAK ist gut gefüllt und soll den Familien als wirtschaftlicher Schutz direkt zugutekommen. Der Charme dieses Vorschlages ist gleichzeitig auch dessen Krux. Das Mehr

an Kindergeld bekommen alle Familien, ungeachtet ihres gewählten Familienmodells. Dies kann in bestimmten Konstellationen die Wahlmöglichkeit stärken. Allerdings bekommen auch Familien dieses Geld, die bereits heute nicht auf diesen



Violanda Lanter-Koller
Fraktionssprecherin der Vaterländischen Union (VU)

«wirtschaftlichen Schutz» angewiesen sind. Andere Familien wiederum, die wirtschaftlich in sehr engen Verhältnissen leben, sind nach wie vor auf einen Zweitverdienst und damit auf bezahlbare ausserhäusliche Kinderbetreuung angewiesen. Längere Elternurlaube oder eine bessere Altersvorsorge sowie Risiko-Abdeckung für denjenigen Elternteil, der vorwiegend die Kinderbetreuung übernimmt, sind mit erhöhten Kindergeldern kaum finanzierbar. Um wieviel das Kindergeld erhöht werden könnte, hängt auch damit zusammen, was alles aus der FAK bezahlt werden soll. Erklärtes Ziel im Koalitionsvertrag ist nämlich auch die Optimierung der Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung und der Abbau von Ungleichbehandlungen. Auch hier war der Plan, das benötigte Geld der FAK zu entnehmen.

Stellungnahme der Freien Liste

Indexierung: «Wozu das Ganze?»

Die Prüfung von Blockzeiten im Unterricht ist sicher eine gute Idee: Klar ist, dass eine solche Massnahme Geld kostet und der Landtag sich bisher schwer tat, in anderen Bereichen Gelder zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sprechen. Die Prüfung einer Indexierung des Kindergeldes, um Geld zu gewinnen für höhere Kindergeldauszahlungen, macht Eltern falsche Hoffnungen und schürt Missgunst.

Die EU hat bereits auf Anträge von Österreich und Deutschland hin klar kommuniziert, dass eine Indexierung von Kindergeld für Kinder, die im Ausland leben, nicht europakonform ist. Es verstösst gegen das Gleichbehandlungsgebot. Liechtenstein hat im Rahmen des EWR einen Vertrag, der auch das Kindergeld regelt. Die Chance, dass von diesem Ver-

trag abgerückt wird, läuft gegen Null. Wozu also das Ganze? Für die wenigen Kinder ausserhalb der EU?

Im Fall von Liechtenstein handelt es sich vor allem um Kinder, die in Österreich und der



Georg Kaufmann
Fraktionssprecher der Freien Liste (FL)

Schweiz leben, wo die Lebenskosten auch relativ hoch sind. Dass mit einer Indexierung die «Diskriminierung von Liechtensteinern» aufgehoben wird, ist Stimmungsmache gegen Grenzgänger, die einen wichtigen Beitrag zu unserer Wirtschaft leisten.

Auch der Vorschlag, dass Kindergeld gestaffelt bezogen werden kann und viel mehr in den ersten Lebensjahren des Kindes bezogen werden kann, ist bei einem Staat mit vielen von Grenzgängern besetzten Arbeitsplätzen undurchdacht. Wer weiss, dass er vielleicht nur zwei Jahre in Liechtenstein arbeitet, wird so viel Kindergeld wie möglich auf einmal beziehen. Es wäre viel ehrlicher und von den finanziellen Konsequenzen her überschaubarer, endlich einen bezahlten Elternurlaub einzuführen.